

Die IAEA und ihr Reformbedarf nach Fukushima (19. Juni 2012)

Das Atomzeitalter:

Kurz nach Entdeckung der Kernspaltung wurde 1942 in den USA unter militärischer Leitung das „Manhattan Projekt“ in Angriff genommen, mit dem Ziel, Atombomben zu entwickeln. In Oak Ridge, Tennessee wurde eine Urananreicherungsanlage errichtet und in Hanford, im Staate Washington, Reaktoren zur Plutonium-Produktion.

Der erste Bombentest fand am 16. Juli 1945 statt.

Am 6. August 1945 wurde eine Uran-Bombe über Hiroshima gezündet, 3 Tage später eine Plutonium-Bombe über Nagasaki. Die Folgen haben die Welt in Schrecken versetzt und ein bedrohliches nukleares „Wettrüsten“ in Gang gebracht.

Atome für den Frieden

1953 hielt US-Präsident Eisenhower eine Rede vor der UN Generalversammlung, in der er die sogenannte „Friedliche Nutzung“ der Atomenergie ankündigte: „...*this greatest of destructive forces can be developed into a great boon for the benefit of all mankind.*“

Die Beweggründe für das „Atoms for Peace“ Programm

Einerseits waren die USA nach dem Schock über die Atombomben daran interessiert, der Welt zu zeigen, dass die Atomenergie auch positive Seiten hat.

Andererseits bestand großes Interesse daran, die gewaltigen Investitionen in die Entwicklung der Atomenergie ökonomisch zu verwerten und Beschäftigung für die Tausenden von Spezialisten zu schaffen. Warum viele Wissenschaftler und Techniker die zivile Atomtechnik gut geheißen haben, drückt der Soziologe Friedrich Wagner treffend aus:

„Wenn dennoch Forscher, die jede Atomrüstung ablehnen, einen Auf- und Ausbau der friedlichen Kernenergieverwertung begrüßen, dann treibt sie nicht nur die professionelle Sorge, durch einen Verzicht auf diese Entwicklung auch ihre Forschungen zu gefährden, sondern auch die Illusion, durch den „Segen“ der Kernindustrie den „Fluch“ der Kernwaffe bannen zu können. Forschungstrieb, Fortschrittsdenken und Selbstentlastungsbedürfnis vereinen sich hier in dem Drang, die Entfesselung der Atomenergie durch deren zivile Nutzung zu legitimieren, nachdem ihre militärische Nutzung – die Kernrüstung – sich immer sichtbarer der Kontrolle entzieht.“ (Friedrich Wagner „Die Wissenschaft und die gefährdete Welt - Eine Wissenschaftssoziologie der Atomphysik“ Beck, München 1964, S.283)

„Atoms for Peace“

Die UNO-Konferenz „Atome für den Frieden“ im Jahre 1955 war eine einseitige Propagandaveranstaltung für die zivile Kernenergieverwertung. Um von vorne herein Bedenken möglichst nicht öffentlich werden zu lassen, durfte der Nobelpreisträger H.J. Muller seinen Vortrag „How radiation changes the genetic constitution“ nicht halten. Mit großem Aufwand wurde hingegen eine Atomeuphorie geschaffen. Der Disney Film „Unser Freund, das Atom“ der einseitig den „Segen“ der Atomenergie beschrieb, wurde viele Jahre in Schulen gezeigt. Es wurde von Automobilen geschwärmt, die statt mit Benzin, mit einer Uranpille betrieben werden. Elektrizität würde „too cheap to meter“ werden. Die Hoffnung, dass sehr bald das Material der letzten Atombombe in einem „friedlichen“ Reaktor verwertet würde, erwies sich allerdings schon bald als Illusion. Daran hatte das „Ploughshare Programm“ – A-Bomben für „friedliche“ Zwecke – einen wichtigen Anteil, denn unter dem Deckmantel „friedlicher“ Atombomben konnten Rüstungsprogramme in Angriff genommen werden (Beispiel Indien).

Gründung der IAEA

Im Dezember 1954 beschloss die UN Generalversammlung die „Atoms for peace“ Resolution. 1957 wurde die International Atomic Energy Agency gegründet.

Gemäss ihrer Statuten ist das Ziel der IAEA: „...to accelerate and enlarge the contribution of atomic energy to peace, health and prosperity throughout the world. It shall ensure, so far it is able, that assistance provided by it ... is not used in such a way as to further any military purpose.“

Bereits damals stand aber schon fest, dass die zivile und die militärische Kernindustrie untrennbar miteinander verbunden sind:

Der Acheson-Lilienthal Report (1946) führte klar aus, dass eine Trennung nicht möglich ist. Zivile Programme könnten leicht in Richtung Atombombenproduktion umgelenkt werden. Auch prominente Experten, wie der wissenschaftliche Leiter des Manhattanprojekts, Robert Oppenheimer brachten dies klar zum Ausdruck. Der Nobelpreisträger Hannes Alfvén bezeichnete später die militärische und die zivile Atomindustrie treffend als „siamesische Zwillinge.“ Daher war die Förderung ziviler Atomprogramme ein Hemmschuh der Kontrolle spaltbaren Materials um die Proliferation von Nuklearwaffen zu verhindern. 1957, zur Zeit der Gründung der IAEA, bekundeten ihre meisten Mitgliedsstaaten die Absicht, „friedlich“ Nutzen aus der Atomkraft ziehen zu wollen. Seit damals hat sich jedoch viel geändert.

Die lückenlose Kontrolle spaltbaren Materials ist der IAEA nicht gelungen und die zivile Atomenergie-Verwendung hat sich nicht bewährt: Die Verheißungen einer sicheren, sauberen, billigen und unerschöpflichen Energiequelle erwiesen sich als Täuschung. Atomkraft ist im Gegensatz zur Propagandalinie der Atomwirtschaft auch keine vernünftige Energieoption zur Reduktion der CO₂-Emissionen. Und die Uranreserven sind erschöpflich. Tatsächlich bewirkt die Atomindustrie die ständige Verschärfung gravierender Abfallprobleme, für die keine befriedigenden Lösungen in Sicht sind. Dazu kommen noch exorbitante Kosten und mangelnde Haftung für Schäden.

Die Rolle der IAEA im Zusammenhang mit den Katastrophen von Tschernobyl und neuerdings mit Fukushima war und ist in hohem Maße kritikwürdig.

Es ist daher erforderlich, die unzeitgemäße Tätigkeit dieser UN-nahen Organisation kritisch zu hinterfragen und notwendige Veränderungen vorzuschlagen.

Die Doppelrolle der IAEA, die zivile Anwendung der Atomtechnik auszuweiten und zu unterstützen, ihre militärische Anwendung aber wirksam zu verhindern, ist ein Widerspruch in sich selbst, denn die Förderung weltweiter Massenproduktion von Plutonium verhindert eine verlässliche Kontrolle spaltbaren Materials.

Zu den Mitgliedern zählen nicht nur Staaten, sondern auch NGO, allerdings ausschließlich Vertretungsorganisationen der Atomwirtschaft. Es handelt sich bei der IAEA daher um eine international höchstrangige, einseitig auf die Propaganda für Atomkraft ausgerichtete Organisation, innerhalb derer kritische Stimmen keine Chance auf Wirkung haben.

Das Abkommen der IAEA mit der WHO (vom 28. Mai 1959), in Fragen, die beide Organisationen betreffen, nur im Konsens vorzugehen, ist de facto ein „Knebelvertrag“ für die Weltgesundheitsorganisation. Diese Blockade hat bisher wissenschaftlich seriöse

Untersuchungen der Gesundheitsfolgen, etwa der Katastrophe von Tschernobyl, verhindert und stattdessen verharmlosende Desinformation auf höchster internationaler, offizieller Ebene bewirkt. Das bedeutet letztlich für Millionen Betroffener eine Missachtung ihres Rechts auf Anerkennung ihrer Gesundheitsschäden als Strahlenfolge und damit fälliger finanzieller Zuwendungen.

Konkrete Vorschläge, im Rahmen der IAEA die vielfältigen Erfahrungen aus den Aufräumarbeiten nach dem Unfall von Tschernobyl zu nutzen und eine internationale Notfall-Einsatztruppe zu etablieren, die über die notwendige Expertise und Ausrüstung verfügt, um im Katastrophenfall eingreifen zu können, stießen bei der IAEA auf taube Ohren. Die Katastrophe in Fukushima zeigt in aller Klarheit auf, dass dies ein gravierendes Versäumnis war.

Die Mehrheit der IAEA-Mitgliedsstaaten hegt heutzutage nicht mehr die Absicht, in die zivile Atomwirtschaft einzusteigen, wohl aber haben einige Mitglieder ihren Entschluss zum Ausstieg gefällt.

Daher ist es hoch an der Zeit, die anachronistischen Satzungen der IAEA zu problematisieren und Reformvorschläge auszuarbeiten.

Zielvorstellung

Aus der gegenwärtigen IAEA, die einseitig Propaganda für Atomenergie betreibt, gesundheitliche Strahlenfolgen verniedlicht bzw. leugnet und seriöse diesbezügliche Untersuchungen verhindert und die nicht zuletzt deshalb ihrer wichtigen Kontrollfunktion nicht gerecht werden kann, soll längerfristig eine Organisation werden, die den Ausstieg aus der zivilen und militärischen Atomwirtschaft fördert und begleitet und die Altlasten des Atomzeitalters entschärft.

Reformvorschläge

- Die Förderung der Atomkraft ist aus dem Statut zu streichen und stattdessen die Kontrollfunktion der IAEA massiv zu verbessern.
- Auflösung des Vertrags zwischen IAEA und WHO, der bisher eine kritische Erhebung und Darstellung der Gesundheitsfolgen der Atomwirtschaft blockiert hat. Gleichzeitig ist eine deutliche Aufwertung der WHO erforderlich.
- Streichung der Passage, die jeder Nation das Recht zugesteht, zivile Atomanlagen zu errichten und zu betreiben – und damit grenzüberschreitend Nachbarstaaten zu bedrohen.
- Um dies möglich zu machen, ist die Zusammensetzung der Mitglieder grundlegend zu verändern: Entweder sind die Lobbyorganisationen der Atomindustrie auszuschließen, oder durch Einbeziehung Industrie-unabhängiger, kritischer NGO ist ein Ausgleich zu schaffen.
- Nach dem Vorbild der USAEC, in der einst Förderung und Kontrolle der Atomenergie vereint war, und die in das DOE und die NRC geteilt wurde, wäre ein möglicher Weg auch bei der IAEA eine Auslagerung der Kontrollfunktion zu erwägen.
- Transparenz bei der Entsendung von Experten an die IAEA.
- Aufbau einer Einsatzgruppe für nukleare Katastrophenfälle.
- Entwicklung eines sachlichen Risikodialogs statt der bisherigen Sicherheitsrhetorik.

Forderung an die Österreichische Bundesregierung:

Einberufung einer Konferenz unter Beteiligung möglichst vieler Mitgliedsstaaten, zur Diskussion und zur Erarbeitung konkreter Umsetzungsschritte.

Die Vertreter Österreichs bei der IAEA sollen diese Konferenz bei der nächsten Generalversammlung der IAEA ankündigen und schon davor unter den Mitgliedsstaaten Verbündete für dieses Vorhaben gewinnen.

Berechtigte Zweifel an einer leichten Umsetzbarkeit einer derartigen Reform dürfen einen Vorstoß Österreichs nicht verhindern, sondern zeigen im Gegenteil die Notwendigkeit einer solchen Initiative auf.

Als Vertreter der Zivilgesellschaft kündigen wir an, die jährlichen Konferenzen der IAEA von nun an kritisch und mit eigenen Veranstaltungen zu begleiten und eine kritische Öffentlichkeit für die notwendigen Reformen zu schaffen. Von der Österreichischen Bundesregierung erwarten wir aktive Unterstützung dieser Bemühungen.